

Umweltexperte fordert Nachbesserungen im deutschen Klimaschutzplan epd-Gespräch: Holger Spierig

Schwerte (epd). Nach der UN-Weltklimakonferenz in Marrakesch mahnt der Umweltexperte Klaus Breyer Nachbesserungen im deutschen Klimaschutz an. Der jüngst verabschiedete Klimaschutzplan 2050 weise zwar in die richtige Richtung, in zentralen Handlungsfeldern wie dem Kohleausstieg und der Verkehrswende fehle jedoch die nötige Klarheit, sagte der Leiter des Instituts Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen in Schwerte am Sonntag dem Evangelischen Pressedienst (epd). „Hier muss dringend nachgebessert werden.“

Zentrale Entscheidungen wie zum Ausstieg aus den fossilen Energieträgern oder zur Verkehrswende dürften nicht länger verschleppt werden, warnte Breyer. Sie müssten so früh wie möglich getroffen werden, so dass alle Beteiligten Planungssicherheit hätten. Deutschland stehe auch international in der Verantwortung, seine Rolle als Vorreiter des Klimaschutzes mit glaubwürdigem Handeln zu untermauern. „Gerade jetzt, wo die Gefahr des Rückzugs der USA besteht, braucht der Klimaschutz international Vorbilder.“

Die 23. UN-Weltklimakonferenz findet im kommenden Jahr in Bonn statt.

Deutschland übernimmt zudem den Vorsitz der Industrie- und

Schwellenländergruppe G 20, die im Juli in Hamburg zusammenkommt. Die Bundesregierung müsse zeigen, dass sie im eigenen Land den sozialverträglichen Ausstieg aus fossilen Energieträgern konsequent vorantreibe, forderte der Theologe. Auch die Kirchen sind nach Ansicht des Experten beim Klimaschutz weiter gefordert. Hier sei in den letzten Jahren sehr viel erreicht worden. Auch die Evangelische Kirche von Westfalen habe Beeindruckendes geleistet. „Nun aber müssen die kirchlichen Handlungskonzepte an die Klimaziele von Paris angepasst werden.“ Auch sollte geprüft werden, wie das Abziehen von kirchlichem Anlagekapital aus Branchen der fossilen Energieträgergewinnung und Energieerzeugung gelingen könne. Folge der am Freitag zu Ende gegangenen Weltklimakonferenz von Marrakesch müsse eine dauerhafte finanzielle und technische Unterstützung der schwächsten Länder durch die Industriestaaten sein, forderte Breyer. „Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit, der Achtung der Menschenwürde und letztlich auch der Gesellschaft Vermeidung von Flucht und Vertreibung.“ Hoffnungsvoll sei das politische Signal aus Marrakesch, dass der Weg des Klimaschutzes gemeinsam weitergegangen werden soll, unabhängig davon, wie sich die USA unter einem neuen Präsidenten Donald Trump in Zukunft entscheiden werden.